

Call for Papers
Mehr Chancen auf Gesundheit durch Lärmaktionsplanung?!
Workshop am 12.02.2019



Verkehrslärm beeinträchtigt die Gesundheit der Menschen vor allem in Städten. Zugleich nehmen soziale Ungleichheiten zu. Gesundheitschancen sind eng mit sozialen Lebenslagen verknüpft. Je besser die soziale Lage ist, desto weniger Belastungen bestehen und desto mehr Ressourcen werden für Personen wirksam. Diese Belastungen und Ressourcen können Teil der städtischen Räume sein, in denen sich Menschen aufhalten. Ein begrünter Innenhof in einem sonst verkehrsreichen Mischgebiet kann etwa einen Ort der Erholung darstellen. Je nach Nutzungs- und Verfügungsrechten ist ein solcher Ort unter Umständen nur für bestimmte Bevölkerungsgruppen zugänglich und gestaltbar, wie etwa für die Beschäftigten ansässiger Büros oder die Mieter*innen eines Wohnblocks. Dieses Beispiel weist darauf hin, dass die Zugehörigkeit zu einer Gruppe über raumbezogene Belastungen und Ressourcen entscheidet. Darüber hinaus können gesundheitliche Verfassung und Mobilität, Bewusstsein für Zusammenhänge zwischen Umwelt und Gesundheit oder auch Erfahrungen mit der Beteiligung an Planungsprozessen für den Umgang mit Verkehrslärm bedeutsam sein. Solche gruppenbezogenen Ressourcen können sowohl die Belastung durch Verkehrslärm als auch ihre Wirkung auf die Gesundheit beeinflussen und ergeben folglich sozial ungleiche Vulnerabilität.

Die Lärmaktionsplanung ist das Instrument der kommunalen Umweltplanung zur Minderung der Lärmbelastung sowie zum Erhalt von Gebieten mit geringer Lärmbelastung. Ihren Auftrag bezieht die Lärmaktionsplanung aus der Umgebungslärmrichtlinie der Europäischen Union, die ein möglichst hohes Niveau an umweltbezogenem Gesundheitsschutz zum Ziel hat. Trotz des Verbesserungsgebots der europäischen Umweltpolitik ist die lokale Umsetzung der Lärmaktionsplanung zumeist auf die Behandlung hoher Lärmpegelwerte ausgerichtet. Grenz-, Ziel- oder Auslösewerte fehlen. Vielmehr soll die Öffentlichkeit über Lärmwirkungen aufgeklärt und an der Lärmaktionsplanung beteiligt werden. Eine Auseinandersetzung mit sozial ungleichen Belastungen und Ressourcenverfügbarkeiten ist nicht vorgesehen. Städtische Lärmpolitik wird zu einer Verhandlungssache zwischen städtischen Akteur*innen und Anwohner*innen ungleicher Vulnerabilität. Gleichzeitig hält die Weltgesundheitsorganisation die Berücksichtigung von Gesundheitsbelangen in allen Politikbereichen („health in all policies“) zur Verringerung gesundheitlicher Ungleichheiten für erforderlich.

Wie kann ein aus gesundheitsbezogener Sicht relevantes Instrument wie die Lärmaktionsplanung so gestaltet werden, dass Gesundheitsförderung und Prävention insbesondere für vulnerable Gruppen ermöglicht werden? Dieser übergeordneten Frage möchten wir in diesem Workshop nachgehen und richten diesen *Call for Papers* an Wissenschaftler*innen, Praktiker*innen in der planenden Verwaltung, Politiker*innen, Nichtregierungsorganisationen und bürgerschaftliche Interessensvertretungen.

Call for Papers
Workshop Lärmaktionsplanung – 12.02.2019

In unserem Workshop können sich Ihre Beiträge beispielsweise mit folgenden Fragen und Erfahrungen befassen: Welche Informations- und Entscheidungsgrundlagen sowie Methoden zu ihrer Generierung werden jenseits der etablierten Lärmmodellierung gebraucht? Welche Erfahrungen gibt es in der Beteiligung, insbesondere bei der Beteiligung schwer erreichbarer, vulnerabler Gruppen? Welche Rolle spielt die Beteiligung der Öffentlichkeit bei der Analyse von Lärmsituationen, der Bestimmung von Prioritäten, der Entwicklung, Umsetzung und Evaluation von Maßnahmen? Welche Themen werden bei der Beteiligung der Öffentlichkeit behandelt und welche Fragen werden im lokalpolitischen Raum gestellt? In welchem räumlich-zeitlichen Verhältnis steht die Lärmaktionsplanung zu anderen Stadtpolitiken, um „health in all policies“ effektiv zu erreichen? Welche konkurrierenden Argumente sind zu überwinden, welche gemeinsamen Argumente zu nutzen? Wie wird die unterschiedliche Vulnerabilität von Bevölkerungsgruppen in der Lärmaktionsplanung berücksichtigt?

Dieser Workshop wird von der Universität Bremen, Institut für Public Health und Pflegeforschung, Abteilung Sozialepidemiologie, gemeinsam mit der Hochschule für Gesundheit Bochum, Department of Community Health, veranstaltet und soll am **12. Februar 2019** in Bremen stattfinden.

Reichen Sie bitte einen Abstract in einem Umfang von maximal 3.000 Zeichen (inklusive Leerzeichen) ein, aus dem die Zielsetzung und Inhalte Ihres Beitrags, Ihr fachlicher Hintergrund und Ihr Bezug zum Workshopthema hervorgehen. Vorschläge für Beiträge werden erbeten bis zum **30. November 2018** (per E-Mail an nriedel@uni-bremen.de).

Aus den eingereichten Vorschlägen entwickeln wir mit dem Ziel eines möglichst ausgewogenen Verhältnisses von Wissenschaftler*innen und Praktiker*innen ein Programm. Jedem Beitrag wird genug Zeit für anschließende Diskussionen eingeräumt. Ein vorläufiges Programm wird bis zum 11. Januar 2019 erstellt.

Für eine gute Arbeits- und Diskussionsatmosphäre wird die Teilnehmer*innenzahl auf 30 begrenzt. Eine Publikation der Beiträge und Diskussionsergebnisse wird angestrebt.

Eine Teilnahmegebühr wird nicht erhoben. Reisekosten können nicht übernommen werden.

Es freuen sich auf Ihre Beiträge

Dr. Natalie Riedel

Prof. Dr. Gabriele Bolte

Prof. Dr. Heike Köckler

Universität Bremen
FB 11 Human- und Gesundheitswissenschaften
Institut für Public Health und Pflegeforschung
Abteilung Sozialepidemiologie

Hochschule für Gesundheit Bochum
Department of Community Health